

# Antrag Nr. 26-F-85-0002

## SPD und Linke

---

### Betreff:

Aktionsplan zur Stärkung der Sicherheit und Sichtbarkeit queerer Menschen in Wiesbaden  
- Antrag der Fraktionen von SPD und Die Linke vom 20.05.2026 -

### Antragstext:

Am 30. Mai findet wieder der Christopher Street Day in Wiesbaden statt. Die Sichtbarkeit queerer Menschen in Wiesbaden hat in den letzten Jahren zugenommen und dennoch ist ihr Alltag weiterhin von Diskriminierung und Anfeindungen geprägt. Mit dem Antrag der SPD und weiterer Fraktionen „Queeres Leben Wiesbaden“ in der Stadtverordnetenversammlung am 5. Februar 2025 wurde das Thema ausdrücklich auf die politische Agenda gesetzt. Die darauf gefolgte und nun vorgestellte Stadtanalyse „Queeres Leben in Wiesbaden - Ergebnisse der Online-Befragung von LSBT\*IQ-Personen in Wiesbaden 2025“ liefert bemerkenswerte Ergebnisse und beinhaltet Handlungsempfehlungen an die Stadtverordneten.

Die Ergebnisse der Stadtanalyse zeigen, dass queere Menschen in Wiesbaden im Alltag weiterhin mit Unsicherheit, Diskriminierung und Anfeindungen konfrontiert sind. Zwar gibt es bereits wichtige Fortschritte in der öffentlichen Sichtbarkeit und in der politischen Unterstützung der städtische Zuschuss für den Christopher Street Day, die Einrichtung des Queeren Zentrums Wiesbaden, die Neuauflage des Balls der AidsHilfe, die Stärkung der städtischen LSBT\*IQ-Koordinierungsstelle und die Regenbogen Beflaggung am Rathaus), doch das reicht noch nicht aus, um vollständige Teilhabe und Sicherheit zu gewährleisten. Besonders im öffentlichen Raum, in den Abend- und Nachtstunden sowie an bestimmten Orten der Stadt fühlen sich viele LSBT\*IQ-Personen nicht ausreichend geschützt. Hinzu kommt, dass Diskriminierungserfahrungen vielfach nicht gemeldet werden, sodass von einem erheblichen Dunkelfeld auszugehen ist. Beim Polizeipräsidium Westhessen gibt es seit 2010 Polizeibeamte als Ansprechpersonen für LSBT\*IQ-Lebensweisen. Rund 40 % der Teilnehmenden der Befragung im Rahmen der Studie in Wiesbaden berichten, davon gewusst zu haben - rund 60 % nicht. Nachweisbare Straftaten, die eine Einbindung der Polizei sinnvoll erscheinen lassen, bilden nur einen Teil von Queerfeindlichkeit. Viele Erfahrungen, etwa angegriffen oder ausgelacht zu werden, sind belastend, aber häufig kein Fall für die Polizei. Doch wohin können sich Betroffene wenden, die im Alltag regelmäßig oder auch nur einmalig von Diskriminierung und/oder psychischer Gewalt betroffen sind?

Die Stadtanalyse macht deutlich, dass queere Menschen in Wiesbaden nicht überall und zu jeder Zeit die gleiche Sicherheit und Akzeptanz erfahren. Die LSBT\*IQ-Anlaufstellen in Wiesbaden leisten dabei mit außerordentlichem Engagement einen wichtigen Beitrag, bauen Zugangsbarrieren ab und machen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt als selbstverständlichen Bestandteil unserer pluralistischen Demokratie sichtbar. Gerade im Regenbogen Monat und mit Blick auf den Wiesbadener CSD am 30. Mai wird deutlich: Sichtbarkeit und Engagement allein reichen nicht aus! Queere Menschen müssen sich in Wiesbaden zu jeder Zeit und an jedem Ort sicher und frei bewegen können, ohne Angst vor Anfeindungen oder Gewalt. Dieser Antrag ist daher ein notwendiger Schritt, um aus der vorliegenden kommunalen Analyse konkrete Maßnahmen abzuleiten und das Leben queerer Menschen in Wiesbaden nachhaltig zu stärken.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. auf Grundlage der Handlungsempfehlungen der Stadtanalyse „Queeres Leben in Wiesbaden 2025“ einen umfassenden Aktionsplan zur Stärkung der Sicherheit und

## Antrag Nr. 26-F-85-0002

### SPD und Linke

---

Sichtbarkeit queerer Menschen in Wiesbaden zu erarbeiten. Dieser Aktionsplan soll die nachfolgenden Beschlusspunkte (2-5) einschließen und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

2. zu prüfen, ob der Auftrag des Hessischen Ministeriums für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales im Rahmen des "Hessischen Aktionsplans für Akzeptanz und Vielfalt 2.0", insbesondere die Punkte 04.03 und 04.04, zu verpflichtenden Fortbildungsangeboten im Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der Polizei, in Wiesbaden umgesetzt wurde. Ein besonderes Augenmerk soll dabei auf die Notrufzentrale (Polizeinotruf 110) gelegt werden, um dazu beizutragen, dass diese als sichere und vertrauenswürdige Anlaufstelle in Notsituationen von queeren Menschen wahrgenommen werden kann.
3. auf Grundlage der Handlungsempfehlungen der Stadtanalyse, lokal begrenzte Untersuchungen zu Unsicherheits- und Diskriminierungserfahrungen queerer Menschen durchzuführen. Insbesondere an identifizierten "problematischen Orten" sowie im öffentlichen Nahverkehr, um ortsspezifische Analysen zu ermöglichen und gezielte Maßnahmen vor Ort zu entwickeln.
4. auf Grundlage der Handlungsempfehlungen der Stadtanalyse, in enger Zusammenarbeit mit Wiesbadener Jugendorganisationen, Institutionen und der Abteilung Jugendarbeit im Amt für Soziale Arbeit eine Stärkung queerer Jugendangebote voranzutreiben.
5. auf Grundlage der Handlungsempfehlungen der Stadtanalyse, medizinische und psychologische Angebote für queere Menschen in Wiesbaden mit den passenden Stellen weiterzuentwickeln und voranzutreiben.
6. über die Queer-Sprechstunde „Gemeinsam. Sicher. Queer.“ am 20. Mai, welche eine niedrigschwellige Anlaufstelle für Betroffene queerfeindlicher Erfahrungen, die auf Grundlage der Stadtanalyse und in Zusammenarbeit der Landeshauptstadt Wiesbaden, des Polizeipräsidiums Westhessen und VelsPol Hessen e. V. ins Leben gerufen wurde, im Ausschuss für Frauen, Gleichstellung, Gesundheit und Pflege zu berichten, mitzuteilen, ob weitere regelmäßige Termine geplant sind, sowie über diese fortlaufend zu berichten

Wiesbaden, 22.05.2026